# **WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE**

Zeitung für Herne und Wanne-Eickel

## "E-Machos sind nicht so selten"

Schauspielerin Katrin Bauerfeind im Interview Leute





Unabhängig · Überparteilich www.waz.de



# **Unser Gewinnspiel** zu Ostern

Sichern Sie sich die Chance auf 500 Euro Leute

**Dienstag, 31. März 2020** | Nr. 77 | 14. Woche

))) Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE

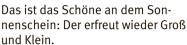
Preis 2,10 € | HE

#### HEUTE

in Ihrer Zeitung







#### **HERNE**

# Schnelle Tests für **Heime gefordert**

Leiter wartete sieben Tage auf das Ergebnis Lokalseite 1

#### Virtuelle Kliniken starten Betrieb

Aachen. Die 200 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen können bei der intensivmedizinischen Behandlung von Corona-Patienten künftig die Expertise der Unikliniken Aachen und Münster in Anspruch nehmen. Am Montag startete das Projekt "Virtuelles Krankenhaus", das auf Tele-Intensivmedizin per Liveübertragung basiert. Bericht Aus der Region

#### Zahl der Infektionen steigt auf über 14.400

Düsseldorf. Die Zahl der bestätigten Corona-Infektionen hat sich in Nordrhein-Westfalen auf nunmehr 14.442 Fälle erhöht. Dies teilte das Landgesundheitsministerium in Düsseldorf am Montag (Stand 16 Uhr) mit. Die Zahl der Toten in NRW stieg auf 130. Die Landeszahlen basieren auf Meldungen aller 53 Kreise und kreisfreien Städte an das Ministerium.

#### **Corona bringt auch** Prostituierte in Not

Ruhrgebiet. Zahlreiche Prostituierte sind in Nordrhein-Westfalen durch die Corona-Krise in Not geraten. "Es sind zur Zeit wahnsinnig viele Frauen, die zu uns kommen", berichtet die Leiterin der Beratungsstelle "Madonna" in Bochum. Am härtesten seien die Frauen betroffen, die keine eigene Wohnung haben. Bericht Rhein-Ruhr

#### **BÖRSE**

<b>才</b> Dax	9816	(9633; 27.03.)
<b>₹</b> Tec Dax	2572	(2506; 27.03.)
<b>7</b> Dow Jones	22.115	(21.637; 27.03.)
<b>才</b> Euro	1,1034	(1,0977; 27.03.)

## **LESERSERVICE**







# **Coronavirus: Pflegeheime** fürchten "Flächenbrand"

Einrichtungen: Schutzmaterial fehlt – viele Pfleger nicht geschult

Von Gordon Wüllner-Adomako

Duisburg/Düsseldorf. Weil sich das Coronavirus in immer mehr Seniorenheimen ausbreitet, fordern Pflegevertreter mehr Unterstützung bei der Verhinderung von Infektionen. Wenn in Pflegeheimen ein "Flächenbrand ausbricht", werde es extrem schwierig, diesen in den Griff zu bekommen, mahnte Ludger Risse, Chef des Pflegerats NRW. "Die Altenpflege ist eine Hochburg von gefährdeten Personen."

In Wolfsburg sorgte eine Infektionswelle in einem Heim für Demenzkranke für Bestürzung. Dort infizierten sich über 70 Bewohner, 15 starben innerhalb weniger Tage. Auch im Revier steigt die Zahl der Corona-Fälle in Altenheimen, in Essen sind drei Heime betroffen, in Bochum haben fünf von insgesamt

Kontaktlos zahlen

künftig bis 50 Euro

Frankfurt. Die deutschen Banken

und Sparkassen erhöhen das Limit für kontaktloses Bezahlen ohne

Pin-Eingabe. Wie die Deutsche Kre-

ditwirtschaft (DK) am Montag mit-

teilte, können Kunden beim Ein-

kauf künftig mit ihrer Girokarte bis

zu 50 Euro statt bislang 25 Euro

kontaktlos zahlen, ohne ihre Pin-

Nummer eingeben zu müssen. Da-

mit wollen die Kreditinstitute das

Bezahlen für ihre Kunden sowie

Einzelhändler einfacher und in Zei-

ten der Corona-Krise auch hygieni-

scher machen. Die genaue Umset-

zung werde von den Instituten

selbst erarbeitet, hieß es weiter.

Nach Angaben der Kreditwirt-

schaft sind gut 75 Millionen von ins-

gesamt über 100 Millionen Girokar-

ten in Deutschland für das kontakt-

lose Bezahlen freigeschaltet. afp

sieben Toten im selben Heim gelebt. Die Landesregierung zählte am Freitag 35 betroffene Pflegeheime, 178 an Covid-19 erkrankte Bewohner und 14 Todesfälle.

"Die Politik schätzt völlig falsch ein, wo das Epizentrum der Krise liegt – nämlich in den ambulanten und stationären Einrichtungen", sagte Ulrich Christofczik, Sprecher der "Ruhrgebietskonferenz Pflege". Es sei wichtig, dass auch infizierte Bewohner möglichst lange in den Einrichtungen verbleiben, so der Geschäftsführer des Christophoruswerks in Duisburg "Sonst kommt eine Welle auf die Kliniken zu, die sie nicht stemmen können."

Allerdings belasten laut Ludger in den Heimen massiv. "In vielen Einrichtungen ist die Versorgung

von Schutzmaterial desaströs und viele Pfleger haben keine Erfahrung mit hochgradiger Isolation von Bewohnern mit Infektionen." Hier fehle es an gezielten Schulungen.

Ein weiteres Problem, das Ansteckungen in Heimen begünstigt, sind aus Sicht der "Ruhrgebietskonferenz Pflege" widersprüchliche Vorgaben der Gesundheitsämter beim Umgang mit Verdachtsfällen. Während in einer Stadt Kontaktpersonen von Infizierten weiter ungetestet zur Arbeit gehen, werde anderswo direkt eine verpflichtende Ouarantäne angeordnet.

Das NRW-Gesundheitsministerium kann die Kritik der Pflegevertreter nicht nachvollziehen. Auf An-Risse vom Pflegerat NRW die stei- frage verweist man dort etwa auf die genden Infektionszahlen die Arbeit Bestellung von Schutzmaterialien, die auch bei den Heimen ankommen sollen. Bericht Rhein-Ruhr

# **Scharfe Kritik** am geplanten Krisengesetz

Düsseldorf. Mit Ablehnung reagieren SPD und Grüne im Landtag auf Pläne der Landesregierung, am Mittwoch im Eilverfahren eine Art Notstandsgesetz zur Bekämpfung der Corona-Pandemie durchs Parlament zu bringen. SPD-Landtagsfraktionschef Thomas Kutschatv und Grünen-Fraktionschefin Monika Düker sagten, dass der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf aus ihrer Sicht in Teilen verfassungswidrig sei, weil "massiv in Grundrechte eingegriffen" werde. Der Entwurf sieht für den Fall einer "epidemischen Lage von landesweiter Tragweite" unter anderem die Möglichkeit der Zwangsverpflichtung von Ärzten und Pflegern vor. An Haupt- und Realschulen könnten die Abschlussprüfungen wegfallen. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet verteidigte die Pläne. Die verfassungsrechtlichen Bedenken könnten ausgeräumt werden, sagte der CDU-Politiker.

Kommentar S 1/Rericht Rhein-Ruhr

#### **KOMMENTAR** Matthias Korfmann

zum Notstandsgesetz



# Weit über das Ziel hinaus

 ${f E}$  rstaunlich, wie schnell unser liberaler Rechtsstaat in einer großen Krisenlage in Versuchung gerät, im Notfall massiv in die Freiheit seiner Bürger einzugreifen.

Das geplante NRW-Notstandsgesetz gibt den Behörden zumindest theoretisch das Recht, über die Menschen im Land zu verfügen. Mehr noch als im Moment mit der absolut notwendigen Kontaktsperre. Motto: Das Wohl der Gesellschaft wiegt in der Krise mehr als das des Individuums. Die Absicht dahinter wird eine gute und keine böse sein. In dieser nach dem Krieg beispiellosen Notlage will das Land NRW, wenn sich die Lage weiter zuspitzt, schnell reagieren können. Aber solch ein weitreichendes Gesetz sollte eine Regierung nicht mal eben mit der heißen Nadel stricken und es im Eilverfahren durchs Parlament winken. Das funktioniert am besten im Konsens mit der Opposition und mit ruhiger Hand, zumal der Landtag ja weiterhin arbeitsfähig ist.

Also bitte: Kein autoritär anmutender Schnellschuss und keine Experimente mit den Grundpfeilern der Demokratie. Helfen könnte stattdessen die Erinnerung ans eigene (kluge) Regierungsmotto "Maß und Mitte".

#### **ZITAT**

### "Gesetz ist mächtig, mächtiger ist die Not."

Johann Wolfgang von Goethe (1749 - 1832), deutscher Dichter

# erwarten Rezession

Berlin. Die Wirtschaftsweisen halschaftlichen Entwicklung.

Je nach Dauer und Ausmaß der Einschränkungen wegen der Pandemie rechnen die Experten mit einem Einbruch von 2,8 Prozent bis 5,4 Prozent des Bruttoinlandspro-

"Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung dürfte sein, ob es gelingt, die Ausbreitung des Virus effektiv zu bekämpfen, sodass die verschiedenen Einschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten schnell aufgehoben werden können", schreiben die Ökonomen in dem Gutachten.

lung sieht das Beratergremium der Bundesregierung eine Normalisierung der Lage über den Sommer, so dass das Bruttoinlandsprodukt unter dem Strich in diesem Jahr um afp/dpa



# Wirtschaftsweise

BIP-Einbruch von bis zu 5,4 Prozent erwartet

ten eine schwere Rezession in Deutschland durch die massiven Folgen der Coronavirus-Krise für unvermeidbar. Die deutsche Wirtschaft werde in diesem Jahr deutlich schrumpfen, heißt es in einem am Montag vorgelegten Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirt-

dukts (BIP).

Als wahrscheinlichste Entwick-

2,8 Prozent schrumpft.

Bericht Wirtschaft